

Beschluss Wenn's dir nicht gefällt, mach neu - juristische Ausbildung endlich zukunftsfest machen

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 10.12.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

1 Für uns als Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist klar: Eine Reform der juristischen
2 Ausbildung ist längst überfällig. Kai Wegner und Felor Badenberg setzen lieber
3 auf Konzepte aus dem 19. Jahrhundert, als sich ernsthaft mit dem Reformbedarf zu
4 beschäftigen, der seit Jahren von Studierenden, Lehrenden und Universitäten
5 deutlich gemacht wird. Jüngst hat die CDU-Justizsenatorin wieder einmal
6 klargestellt, dass sie keine Probleme in der Ausbildung sieht. Aber: Wenn die
7 CDU lieber den Federkiel romantisiert und die Realität ignoriert, setzen wir uns
8 umso energischer dafür ein, die juristische Ausbildung endlich ins 21.
9 Jahrhundert zu bringen. Für einen gerechteren und zukunftsfähigen
10 Ausbildungsweg. Für die Zukunft der Justiz und der Rechtspflege allgemein.

11 Wir fordern die Senatsverwaltung für Justiz daher auf, die Augen vor den
12 berechtigten studentischen und universitären Anliegen nicht länger zu
13 verschließen, den Reformbedarf endlich anzuerkennen und sich in der
14 Justizminister*innenkonferenz und dem entsprechenden Koordinierungsausschuss für
15 eine ernsthafte und ergebnisorientierte Debatte über Lösungsmöglichkeiten der
16 vielfältigen Probleme einzusetzen.

17 Handlungsfähigkeit der Justiz erhalten: Reformen erarbeiten
18 und umsetzen

19 Berlin kann und sollte an der Spitze der Reformbemühungen stehen und zeigen, wie
20 eine moderne, zukunftsfähige juristische Ausbildung aussehen kann. Wir setzen
21 uns deshalb dafür ein, dass in den ersten Schritten hin zu einer Reform
22 verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der juristischen Ausbildung in Berlin
23 erarbeitet werden. Dafür muss der Senat alle relevanten Akteur*innen an einen
24 Tisch holen und gemeinsam ein zukunftsfähiges Konzept erarbeiten, indem die
25 verschiedenen Interessen von Justiz, Praxis, Universitäten und Studierenden in
26 angemessenen Ausgleich gebracht werden.

27 Zu diesen Maßnahmen gehören etwa die Reduktion des Pflichtfachstoffes, die
28 Wiedereinführung des Abschichtens, eine weniger repressive Hilfsmittelverordnung
29 für die Staatsprüfungen, diversere und paritätische Besetzung von
30 Prüfungskommissionen und verdeckte Zweitkorrekturen in den Staatsprüfungen, die
31 Ausweitung der digitalen Prüfungen auf die erste Staatsprüfung, die Einführung
32 von anwenderfreundlichen, elektronischen Hilfsmitteln sowie die weitere
33 Digitalisierung des Studiums.

34 Eine gerechtere Ausbildung schaffen

35 Darüber hinaus sind eine Stärkung und eine auskömmliche Finanzierung
36 universitärer Repetitorien notwendig, sodass kostenfreie Alternativen zu den

37 traditionellen, aber extrem kostspieligen Repetitorien zur Verfügung stehen.
38 Gute Noten dürfen keine Frage des Geldbeutels sein! Im Referendariat müssen die
39 Unterhaltsbeihilfe erhöht und die Zuverdienstgrenze abgeschafft sowie kostenlose
40 Klausurenkurse angeboten werden, damit der Zugang endlich für alle gleich wird.
41 Die Justiz muss darüber hinaus mit ausreichend Mitteln zur Ausbildung von
42 zusätzlichen Referendar*innen ausgestattet werden. Personalmangel macht auch vor
43 der Justiz nicht Halt. Wer hier jetzt die Augen verschließt, riskiert die
44 Handlungsfähigkeit des Staates in diesem Bereich in schon wenigen Jahren.

45 Außerdem muss endlich auch in der Ausbildung abgebildet werden, dass Vielfalt
46 kein Selbstzweck ist, sondern zu einer gerechteren Justiz führt. Bei allen
47 Reformmaßnahmen muss deshalb die Förderung von Inklusion und Diversität in der
48 juristischen Ausbildung, sowohl in der Lehre und bei den Studierenden, als auch
49 bei den Prüfer*innen in den Examina, im Fokus stehen. Auch die interdisziplinäre
50 Lehre und die Förderung des Erlernens von kritischer Analyse und Reflexion des
51 Rechts müssen verstärkt werden und dürfen nicht aus finanziellen oder
52 ideologischen Gründen zusammengestrichen werden.